



DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2012/2150(INI).

10.8.2012

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zum Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik:
Umsetzung der Prioritäten für 2012
(2012/2150(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Marije Cornelissen

PA_Legam

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten sich 2010 den EU-2020-Zielen verpflichtet haben; in der Erwägung, dass die EU jedoch bezüglich des Zeitplans zur Erfüllung dieser Ziele im Rückstand ist, da die kombinierten nationalen Zielsetzungen zu niedrig sind und die durchgeführten Maßnahmen nicht zu deutlichen Fortschritten geführt haben;
1. bedauert, dass trotz der Feststellung der Kommission, dass die von den Mitgliedstaaten in ihren nationalen Reformprogrammen (NRP) festgelegten Verpflichtungen zur Erfüllung der meisten EU-2020-Ziele nicht ausreichen, keiner der Mitgliedstaaten in den länderspezifischen Empfehlungen aufgefordert wurde, seine nationalen Zielsetzungen zu erhöhen;
2. begrüßt die Mitteilung „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“ und die dazugehörigen Arbeitspapiere; fordert die Kommission auf, die Nutzung des Potentials zur Schaffung von Arbeitsplätzen der „grünen“ Wirtschaft, Gesundheit und Sozialfürsorge sowie den IKT-Sektor zu den wichtigsten Prioritäten des Jahreswachstumsberichts für 2013 zu machen;
3. bedauert die Tatsache, dass die meisten Mitgliedstaaten keinen nationalen Beschäftigungsplan als Bestandteil ihres nationalen Reformprogramms für 2012 eingereicht haben;
4. begrüßt die Empfehlung bezüglich der Verlagerung der Besteuerung vom Faktor Arbeit auf den Faktor umweltschädlicher Tätigkeiten; fordert die Mitgliedstaaten auf, diese Empfehlung umzusetzen und zu gewährleisten, dass dies vor allem Geringverdienern zugutekommt;
5. verweist erneut auf seine Forderung an die Kommission, einen Rahmen für die Sozialwirtschaft auszuarbeiten, da diese ein wichtiges Element des europäischen Sozialmodells und des Binnenmarktes ist;
6. bedauert, dass der Rat die Forderung des Parlaments, den Schwerpunkt bei seiner Orientierungshilfe für 2012 auf die Arbeitsqualität zu legen, nicht berücksichtigt hat; fordert die Kommission auf, Arbeitsqualität, grundlegende Arbeitnehmerrechte sowie die Unterstützung der Mobilität des Arbeitsmarktes, der Selbstständigkeit und der grenzübergreifenden Mobilität durch Erhöhung der Sicherheit von Arbeitnehmern zwischen Beschäftigungsverhältnissen in den Jahreswachstumsbericht für 2013 aufzunehmen;
7. verweist erneut auf seine Forderung an die Mitgliedstaaten, zu gewährleisten, dass Menschen mit unsicheren, befristeten und Teilzeitverträgen oder selbstständig

Beschäftigte angemessenen sozialen Schutz und Zugang zu Ausbildung erhalten, und die diesbezüglichen Rahmenvereinbarungen umzusetzen;

8. begrüßt die Empfehlungen in Bezug auf Maßnahmen gegen die geringe Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt; fordert die Kommission auf, Maßnahmen gegen Arbeitsmarktsegregation, ungleiche Verteilung der Betreuungspflichten und die Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung auf Frauen in ihre politischen Orientierungshilfen aufzunehmen;
9. stellt fest, dass mehreren Mitgliedstaaten Empfehlungen in Bezug auf Löhne gemacht wurden; fordert die Kommission auf, zu gewährleisten, dass diese nicht Armut trotz Erwerbstätigkeit oder Lohnungleichheiten verstärken oder Niedriglohngruppen schädigen;
10. begrüßt, dass sich die Kommission und der Rat stärker auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit konzentrieren; fordert die Kommission auf, ohne Verzögerung eine europäische Jugendgarantie vorzuschlagen; fordert den Rat auf, zügig über die Vorschläge des Beschäftigungspakets zu entscheiden;
11. begrüßt die Empfehlung zur Bewältigung der sozialen Folgen der Krise in der Orientierungshilfe für 2012 und das verstärkte Augenmerk auf die Bekämpfung der Armut in den länderspezifischen Empfehlungen; ist jedoch über die steigende Armut in der EU ernsthaft besorgt;
12. fordert die Kommission und den Rat auf, den Anzeiger für die Korrektur makroökonomischer Ausgewogenheiten zu überarbeiten und dessen soziale und beschäftigungsbezogene Dimension zu stärken;
13. gibt seinen Besorgnis über die Tatsache Ausdruck, dass gegenüber Mitgliedstaaten mit einem Finanzhilfeprogramm keine Empfehlungen bezüglich der EU-2020-Ziele gemacht wurden; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms auf die Kernziele zu bewerten;
14. fordert den Rat auf, mit dem Parlament zügig zu einer Einigung zu kommen und mit der sofortigen Umsetzung des Vorschlags zur Verstärkung der Überwachung der in ernststen Schwierigkeiten befindlichen Mitgliedstaaten zu beginnen, einschließlich einer Beurteilung der sozialen Auswirkungen und der völligen Übereinstimmung der Anpassungsprogramme mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik;
15. fordert die Kommission und den Rat auf, Tarifparteien, NRO und lokale Behörden an der Formulierung und Umsetzung von Strategien im Rahmen des Europäischen Semesters zu beteiligen;
16. fordert die Kommission auf, sich mit dem Parlament auf ein Format des Jahreswachstumsberichts zu einigen, das es dem Parlament ermöglicht, ihn vor seiner Annahme durch den Rat zu ändern;
17. fordert die Kommission auf, die Qualität, die Transparenz und die demokratische Rechenschaftspflicht des Europäischen Semesters zu verbessern, indem sie

Rechtsvorschriften vorschlägt, die die formalen Anforderungen an das Format und die zeitliche Abfolge der einzureichenden Dokumente definieren;

18. fordert die Mitgliedstaaten auf, Verfahren zu vereinbaren, die eine echte parlamentarische Debatte und die Beteiligung von Interessenvertretern auf nationaler Ebene ermöglichen.